

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Max Baumbach, Dresden, K. L. Waisenstraße 23/24

Druck: Max Baumbach, Dresden, K. L. Waisenstraße 23/24

Druck u. Verlag: Max Baumbach, Dresden, K. L. Waisenstraße 23/24

Erste deutsch-französische Fühlungnahme

Graf Schwerin über die deutsche Wirtschaftslage

Drahtbericht unseres nach Lausanne entsandten W.-H.-Sonderberichterstatters

Lausanne, 24. Juni. Seit 10 Uhr vormittags ist die angekündigte große deutsch-französische Aus-

an die Besprechung der Ministerpräsidenten schloß sich eine deutsch-französische Konferenz im gleichen Hotel an, an der außer Herriot und von Papen auch sämtliche in Lausanne anwesenden Minister, Hauptdelegierte und prominente Sachverständige beider Länder, im ganzen etwa zwanzig Personen, teilnahmen.

Um 1 Uhr war die deutsch-französische Konferenz des Vormittags zu Ende. Die Delegierten kamen in die große Halle des Hotels heraus, wo die Weltpresse in dichten Scharen auf sie wartete und sie mit Fragen bestürzte. Von Papen und Herriot gingen aber, ohne Antwort zu geben, nebeneinander zum Hotelabgang. Der französische Ministerpräsident begleitete den Reichskanzler zum Auto.

Über die Sitzung wurde folgende amtliche Verlautbarung veröffentlicht:

„Die deutsche und die französische Abordnung ist heute vormittag in einer ersten Arbeitssitzung zusammengetreten, in der der deutsche Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk einen eingehenden Bericht über die gesamte wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands erstattete. Eine zweite Sitzung findet heute nachmittag von 17,00 bis 19 Uhr statt.“

Das Kommuniqué teilt also lediglich mit, daß die Sitzung mit einem Vortrag des Reichsfinanzministers über die Finanzlage Deutschlands ausgefallen war. Dasselbe bestätigte gleich darauf Herriot selbst. Er sprach weiter von einer guten Atmosphäre und meinte, daß der Vortrag des Grafen Schwerin-Krosigk sehr klar gewesen sei. Dann fügte er lächelnd auf Deutsch hinzu: „Die Luft ist kühl, aber es dunkelt nicht.“ Weitere Mitteilungen erfolgen vorläufig nicht. Die Konferenz wird nachmittags fortgesetzt. Man erwartet dann die Gegenbemerkungen der Franzosen zu den Feststellungen des Reichsfinanzministers.

Am Abend wird der Reichskanzler nach Berlin abreisen.

Auch Herriot verläßt bekanntlich heute nacht Lausanne, um nach Paris zu fahren. Welsch wird vermutet, daß die Konferenz sich vielleicht nun doch vertagen und nur noch Kommissionen einlegen werde. Doch liegt dafür noch keinerlei Bestätigung vor. In diesem Falle würden die Ministerpräsidenten natürlich nicht nach Lausanne zurückkehren.

Washington warnt Europa

Newport, 24. Juni. Die Washingtoner amtlichen Kreise erklären, aus dem Abstrichvorschlag Hoover's gehe notwendig und deutlich hervor, daß Amerika alle europäischen Witten um Streckung oder Verabredung der Kriegsschulden solange unbeachtet lassen werde, bis Europa abgerückt habe. Sie erklären weiter, Amerika werde seine Luft- und Seehereikräfte nicht herabsenken, wenn Europa seine Handkräfte nicht erheblich vermindere. Das Schicksal des Hoovervorschlages hänge, wie man offen ausdrückt, in der Hauptsache von der Haltung Frankreichs und Japans ab.

28 Staaten für den neuen Hoover-Vorschlag?

Paris, 24. Juni. Nach einer Meldung des „Matin“ sollen 28 auf der Abrüstungskonferenz vertretene Staaten gestern der amerikanischen Delegation mitgeteilt haben, daß sie sich dem amerikanischen Vorschlag anschließen. Der Hauptausführer der Abrüstungskonferenz wird den amerikanischen Plan am Dienstag oder Mittwoch prüfen.

Leon Blum mahnt Herriot

Paris, 24. Juni. Im heutigen „Populaire“ richtet Leon Blum, der Führer der französischen Sozialisten, eine ernste und eindringliche Mahnung an Herriot und seinen ehemaligen Parteigenossen Paul Boncour, den Vorschlag des amerikanischen Präsidenten ja nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Diesen Ausführungen kommt angefügt die Tatsache, daß das Kabinett Herriot auf die Stimmen der 181 sozialistischen Abgeordneten angewiesen ist, gleichmäßige Bedeutung zu.

Der deutsche Standpunkt im Luftfahrtauschuß

Genf, 24. Juni. In der heutigen Sitzung des Luftfahrtauschusses der Abrüstungskonferenz legte sich der deutsche Delegierte Ministerialdirektor Brandenburg grundsätzlich und umfassend mit den vorergriffenen Ausführungen des französischen Delegierten de Nouvencel und der Forderung nach Internationalisierung der Luftfahrt auseinander. Eine Internationalisierung der Luftfahrt, so lautete der deutsche Vertreter, könnte den internationalisierten Luftfahrzeugen eine militärische Entwicklungsrichtung aufzwingen. Die Zivilluftfahrt würde dadurch von ihren kommerziellen Aufgaben abgelenkt werden und Flugzeuge jähren, die für ihre eigentlichen Zwecke nur halb geeignet sind. Wir würden damit nicht demilitarisieren, sondern geradezu militarisieren.

Die deutsche Delegation hat, führte Ministerialdirektor Brandenburg weiter aus, als geeignete Maßnahme zur Entlastung der Zivilluftfahrt die allgemeine Annahme derjenigen Bestimmungen vorgeschlagen, die die Vorkonferenz gegenüber der deutschen Zivilluftfahrt im Jahre 1926 festgelegt hat. Ministerialdirektor Brandenburg wandte sich sodann dagegen, daß man jetzt verusche, die Frage der Internationalisierung auf Europa zu beschränken, nachdem sich gezeigt hat, daß die außereuropäischen Staaten einer solchen Entwicklung Widerstand entgegenzusetzen. Der deutsche Vertreter betonte zum Schluß nochmals mit aller Deutlichkeit, daß Deutschland sich einer vernünftigen Ueberwachung der Zivilluftfahrt nicht widersetzen wolle, wenn auf dem Gebiete der militärischen Abrüstung wirklich durchgegriffen werde.

Französische und belgische christliche Gewerkschaftler für Tribute

Antwerpen, 24. Juni. In Antwerpen auf dem internationalen Kongress der christlichen Gewerkschaften sprach Brauer-Röhm über die Wirtschaftskrise und forderte dabei die Aufhebung der Tribute. Schmitz-Duisburg äußerte die gleiche Ansicht und erklärte, daß die Tribute die Weltwirtschaft auflockern und die christliche Kultur bedrohen.

Dagegen führte der französische Vertreter Tessier aus, daß die Tribute nicht die Ursache der gegenwärtigen Krise seien; Frankreich könne einer Streichung der Tribute nicht zustimmen. Die Verträge müßten unbedingt geachtet werden.

Der belgische Vertreter Pauwels unterstützte den französischen Vertreter. Zwar könne Deutschland jetzt nicht zahlen; aber später, wenn die Zeiten besser geworden seien, müsse es die Verpflichtungen erfüllen, die es aus freien(?) Stücken aufgenommen habe.

Ein Deutscher von den Franzosen zu Gefängnis verurteilt

Paris, 24. Juni. Es bestätigt sich, daß der deutsche Oberforstmeister v. Bombard, der vor einigen Tagen mit seiner Frau und seinen beiden Söhnen nach Rombach bei Metz gekommen war, um seiner ehemaligen Wirkungsstätte einen Besuch abzustatten, und der bei dieser Gelegenheit von der französischen Polizei verhaftet wurde, am Donnerstag vom Strafgericht in Metz wegen Uebertretung eines Ausweisungsbefehls zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde. Die Gattin v. Bombards und seine beiden Söhne, die gleichfalls verhaftet worden waren, wurden an die Grenze zurückgebracht.

Paris hofft auf Verständigung mit England

Paris, 24. Juni. Die Unterredung Herrlots mit Macdonald, der heute Freitag die Unterredung mit Reichskanzler v. Papen folgen soll, wird als der Abschluß einer ersten Phase der Lausanner Konferenz bezeichnet und bekriedigt die Pariser Blätter einhergehen. Man glaubt aus einigen Äußerungen des französischen Ministerpräsidenten entnehmen zu können, daß sich Macdonald der französischen Forderung nicht ganz verschließen

habe. Vertinax schreibt im „Echo de Paris“, daß sich Macdonald gegen die Anschuldigungen der Unnachgiebigkeit gewehrt habe. Er habe Herriot anheimelnd, sich direkt mit dem Reichskanzler in Verbindung zu setzen und dabei zu versuchen, seinen Reparationsplan durchzuführen.

Der „Petit Parisien“ trägt seinen Optimismus auf Äußerungen des französischen Ministerpräsidenten, wonach zwischen ihm und Macdonald eine Verständigung über die gemeinsam zu verfolgenden Richtlinien zu Stande gekommen sei. Ein Teil der übrigen Presse ist der gleichen Auffassung, ohne dafür greifbare Unterlagen zu besitzen. Das Fehlen dieser Unterlagen begründet man damit, daß ein derartiges Abkommen selbstverständlich geheim gehalten werden müsse, um die Empfindlichkeit der übrigen Mächte nicht zu verletzen.

Das „Journal“ macht noch ganz besonders auf die hinter den Kulissen stattfindenden Verhandlungen über eine deutsch-französische Wirtschaftsverständigung aufmerksam, die als sehr bedeutend bezeichnet werden. Die deutschen Unterhändler hätten einen bis in die kleinsten Einzelheiten durchgearbeiteten Plan, der jedoch den Engländern wenig anlege. Man stöße hier auf die Hauptschwierigkeiten einer Regelung.

Danach berichtet über die Unterredung zwischen Herrlot, Germain Martin, Macdonald und Runciman, daß sich daraus eine deutliche Entspannung der englisch-französischen Reparationsverhandlungen ergeben habe. Man scheine sich über eine Anzahl von Grundfragen geeinigt zu haben, die die Grundlage der gesuchten Lösung bilden sollen. Besonders sei anerkannt worden, daß diese Regelung nur mit Hilfe der Vereinigten Staaten einen endgültigen Charakter tragen könne. Macdonald habe daher Herrlot aufgefordert, direkte Verhandlungen mit den deutschen Ministern anzuknüpfen. Dadurch wäre es zweifellos möglich, den zwischen der englischen und französischen Seite genossenen Ausgleich zu erzielen.

Die englische wie die französische Delegation seien aber die Notwendigkeit einer endgültigen Regelung einig, die keine weiteren Konferenzen erfordern würde. Während England die Streckung der deutschen Verpflichtungen vorschläge, verlange Frankreich die Befreiung einer Paulsammme, die die Höhe der deutschen Verpflichtungen ein für allemal festlege.

Andererseits erwiderte Frankreich laut an, daß es Deutschland umwilling sei, bis zur Rückkehr zu einer normalen Lage irgendwelche Barzahlungen vorzunehmen. Frankreich verlange daher nur, daß ihm die gleiche Mora-

toriumsbehandlung für seine eigenen Zahlungen zugestanden werde. Die Engländer beständen vor allem auf die Reparationsstreckung, damit die eventuellen deutschen Zahlungen der deutschen Wirtschaft nicht schaden. Um dieser Gefahr zu begegnen, seien die französischen Unterhändler bereit, Deutschland eine sehr großzügige Herabsetzung seiner Verpflichtungen anzubieten, eine Herabsetzung, die vollkommen mit der Zahlungsfähigkeit Deutschlands im Einklang stehen würde.

Auch London optimistisch

London, 24. Juni. Die Nachricht von der heute bevorstehenden Zusammenkunft zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem französischen Ministerpräsidenten Herriot wird von der Presse als ein günstiges Zeichen betrachtet.

Der Sonderkorrespondent des „News Chronicle“ in Lausanne sagt, der Beschluß, eine beratende Begegnung zu bringen, würde nicht gefast worden sein, wenn Herriot nach wie vor nichts anderes anboten hätte, als einen Plan für die schließliche Wiederaufnahme der deutschen Reparationszahlungen nach einer der wirtschaftlichen Erholung gewidmeten Zwischenpause. Herriot dürfte beunruhigt worden sein von dem Nachdruck, mit dem die britische Auffassung vertreten wurde.

Der „Times“-Korrespondent in Lausanne meldet, es sind Anzeichen bemerkbar, daß es keine Meinungsverschiedenheit zwischen Herriot und Macdonald darüber gibt, daß Deutschland jetzt oder während der Periode der wirtschaftlichen Erholung keine Zahlungen leisten kann. Die Franzosen geben auch offenbar zu, daß eine endgültige Regelung sowie eine Beendigung der Ungewißheit und die Sicherheit gegen eine Störung der gewöhnlichen kommerziellen Beziehungen durch etwaige künftige Zahlungen wünschenswert ist.

Unter einer endgültigen Regelung verstehen die Engländer, die Italiener und selbstverständlich die Deutschen eine Annulierung, während die Franzosen noch an eine „abklingende“ Zahlung oder an irgendwelche Vorkleistungen für eine solche Zahlung denken.

Die Deutschen erklärten, keine deutsche Regierung könne sich auf künftige politische Zahlungen einlassen. Sie haben aber angedeutet, daß Frankreich für die Ausfälle, die es durch Annulierung der Reparationen erleide, kommerzielle Vorteile haben könne.

Fünf Millionen verschoben!

Berlin, 24. Juni. Die gestern gemeldete Devisenaffäre Seidelmanners scheint zu einer Entlastungsaffäre ausgewachsen. Bis jetzt ist bereits festgestellt, daß Wertpapiere in einem Gesamtwert von fünf Millionen verschoben worden sind.